

Tobias Reinbacher

Strafrecht im Mehrebenensystem

Modelle der Verteilung strafrechtsbezogener Kompetenzen



Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845253664_1

Generiert durch IP "13.59.2.2", am 19.08.2024, 12:01:43.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Herausgegeben von

Prof. Dr. Knut Amelung, Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Martin Böse, Universität Bonn
Prof. Dr. Gunnar Duttge, Universität Göttingen
Prof. Dr. Dres. h.c. Urs Kindhäuser, Universität Bonn
Prof. Dr. Claus Kreß, Universität Köln
Prof. Dr. Lothar Kuhlen, Universität Mannheim
Prof. Dr. Ursula Nelles, Universität Münster
Prof. Dr. Dr. h.c. Ulfrid Neumann, Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Henning Radtke, Universität Hannover
Prof. Dr. Klaus Rogall, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Helmut Satzger, Universität München
Prof. Dr. Brigitte Tag, Universität Zürich
Prof. Dr. Thomas Weigend, Universität Köln
Prof. Dr. Wolfgang Wohlers, Universität Zürich
Prof. Dr. Rainer Zaczek, Universität Bonn

Tobias Reinbacher

Strafrecht im Mehrebenensystem

Modelle der Verteilung strafrechtsbezogener Kompetenzen

Nomos Verlagsgesellschaft

https://doi.org/10.5771/9783845253664_1

Generiert durch IP '13.59.2.2', am 19.08.2024, 12:01:43.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

PD Dr. Tobias Reinbacher, geb. 1972; studierte Rechtswissenschaft und Anglistik in Frankfurt/Main und Mainz; 2000 1. Staatsexamen in Hessen, 2001-2003 Referendariat am KG; 2003 2. Staatsexamen in Berlin; 2006 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin; zwischen 2008 und 2011 Forschungsaufenthalte an der Harvard Law School, Cambridge, MA, USA, an der University of Toronto, Kanada, und am King's College, London, UK; im Januar 2014 Habilitation an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

© 2014 Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Schrift: Sabon 9,3 auf 11,6 pt. Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.

ISBN 978-3-8487-1255-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-5366-4 (ePDF)

https://doi.org/10.5771/9783845253664_1

Generiert durch IP '13.59.2.2', am 19.08.2024, 12:01:43.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Für Kristina

Vorwort

Diese Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin im Oktober 2013 als Habilitationsschrift angenommen. Sie hat nach Überarbeitung und Aktualisierung nun den Stand Anfang März 2014. Später erschienene Beiträge, Entscheidungen und Entwicklungen konnten leider nicht mehr eingearbeitet werden. Wenn man eine so umfangreiche Arbeit vorlegt, die über einen langen Zeitraum hinweg erstellt wurde, liegt es auf der Hand, dass dieses Unterfangen nicht ohne die Unterstützung einer Vielzahl an Personen möglich gewesen wäre. Dies gilt umso mehr, als diese Arbeit einen rechtsvergleichenden Teil enthält, welcher drei Forschungsaufenthalte im Ausland sowie eingehende Diskussionen mit dortigen Fachleuten erforderte. Somit muss auch dieses Vorwort etwas umfangreicher ausfallen, da ich sehr vielen Personen aufrichtigen Dank schulde.

Da ist zuvorderst mein Lehrer, Herr *Prof. Dr. Bernd Heinrich*, dessen Unterstützung sich kaum in Worten wiedergeben lässt. Er hat mich ermutigt, wenn es nötig war, zeitliche Freiräume geschaffen, wenn ich sie brauchte, und stets ein offenes Ohr gehabt, wenn es um rechtliche, organisatorische oder gar persönliche Fragen ging. Ich danke dafür von Herzen. Ferner danke ich Herrn *Prof. Dr. Martin Heger*, der mich ebenfalls schon während der Arbeit begleitet und mir Gutachten für Stipendien erstellt hat, mir mit Rat und Tat zur Seite stand und letztlich auch das Zweitgutachten in bemerkenswerter Geschwindigkeit erstellt hat.

Sodann müssen die vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im In- und Ausland erwähnt werden, deren Hinweise für mich von unschätzbarem Wert und unerlässlich für das Verständnis der jeweiligen Rechtsordnung waren. So danke ich für Gespräche über das deutsche Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin Herrn *Prof. Dr. Dieter Grimm*, Herrn *Prof. Dr. Christoph Möllers*, Herrn *Prof. Dr. Ingolf Pernice* und Herrn *Dr. Mattias Wendel*. Des Weiteren bin ich Herrn *Prof. Daniel Meltzer*, Harvard Law School, Herrn *Prof. Markus D. Dubber*, University of Toronto, sowie Herrn *Prof. Benjamin Bowling*, King's College London, für die jeweils sehr freundliche Aufnahme, Betreuung und Unterstützung während meiner Auslandsaufenthalte zu großem Dank verpflichtet. Bei diesen Forschungsaufenthalten in den USA, in Kanada und im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland habe ich aber auch mit weiteren Personen ausführlich diskutiert, die mir das jeweilige System nahe gebracht und meine dringenden Fragen beantwortet haben. Daher bedanke ich mich herzlich bei Herrn *Prof. Eric Barendt*, University College London, Herrn *Prof. Chris Himsworth*, University of Edinburgh, Herrn *Prof. Alex Kreit*, Thomas Jefferson School of Law, San Diego, Herrn *Prof. Gerry Maher*, University of Edinburgh, Herrn *Prof. Valsamis Mitsilegas*, Queen Mary University, London, Herrn *Prof. Kent Roach*, University of Toronto, und Herrn *Prof. Alan Trench*, University of Ulster, für die wichtigen

Konversationen und Erklärungen. Für Vorgespräche und wertvolle Hinweise danke ich ferner Herrn *Prof. Dr. Klaus Marxen*, Humboldt-Universität zu Berlin, Herrn *Prof. Dr. Ulrich Sieber*, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i.Br., Herrn *Dr. Christoph Burchard, LL.M. (NYU)*, Ludwig-Maximilians-Universität München, sowie Herrn *Dr. Oliver Eberl*, Technische Universität Darmstadt.

Dass die Arbeit in dieser Form veröffentlicht werden kann, verdanke ich wiederum dem Beistand Dritter. So danke ich Herrn *Prof. Dr. Johannes Rux* für seine Unterstützung sowie den Herausgeberinnen und Herausgebern der Reihe Neue Schriften zum Strafrecht für die Aufnahme meines Werkes. Ferner bedanke ich mich bei Frau *Frauke Schafft, M.A.*, vom Nomos Verlag für Ihre große Hilfe und Geduld. Für die wichtige und beschwerliche Arbeit des Korrekturlesens danke ich ganz herzlich meiner Mutter *Brigitte Reinbacher-Kaulen*. Überhaupt gilt mein besonderer Dank meinen Eltern, die mich während der gesamten Zeit mental wie finanziell unterstützt haben. In letzterer Hinsicht danke ich ferner der VG WORT und der FAZIT-Stiftung für die Übernahme der Druckkosten dieses Buches. Im Hinblick auf meine Auslandsaufenthalte in Cambridge, USA, und in London, UK, danke ich ganz herzlich dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der mich im Rahmen seines Postdoc-Programmes mit zwei großzügigen Forschungsstipendien ausgestattet hat.

Am meisten danke ich aber schließlich meiner Frau *Kristina Frick* für ihren Humor, ihr Verständnis und ihre Begleitung während all der Jahre.

Dr. Tobias Reinbacher

Berlin, März 2014

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	35
1. Kapitel Grundlagen	41
A. Strafrecht Begriffsbestimmung und Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes	42
B. Mehrebenensysteme Begriffsbestimmung und Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes	54
2. Kapitel Verteilung der Strafgewalt in staatlichen und überstaatlichen Mehrebenensystemen – Fragen der demokratischen Legitimität und Souveränität	77
A. Dezentralisierter Unionsstaat und „devolution“	80
B. Bundesstaat	85
C. Europäische Union	105
3. Kapitel Exemplarische Darstellung der Verteilung strafrechtlicher Kompetenzen in staatlichen Mehrebenensystemen	191
A. Bundesrepublik Deutschland	194
B. Vereinigte Staaten von Amerika	282
C. Kanada	306
D. Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland	330

4. Kapitel Das gegenwärtige System der Verteilung der Strafrechtskompetenzen in der EU	365
A. Konstitutioneller Hintergrund	365
B. Aufteilung der Strafrechtskompetenz zwischen den Ebenen	456
C. Interaktion der Ebenen	509
D. Zusammenfassung	562
5. Kapitel Versuch einer Systematisierung	565
A. Überblick über Vor- und Nachteile einer (föderativen) Verteilung von Kompetenzen in einer Rechtsordnung mit mehreren politischen Ebenen	566
B. Auswahlkriterien und Parameter der Beurteilung	572
C. Komparative Analyse der untersuchten staatlichen Systeme	630
D. Abstrakte Modelle (Auswahl)	662
6. Kapitel Übertragung auf die EU, Analyse des Systems und Perspektiven	733
A. Das europäische Mischmodell	733
B. Analyse	737
C. Thesen zu den Perspektiven der Kompetenzordnung	763
Schlussbemerkungen und Ergebnisse	803
Literaturverzeichnis	807

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	35
1. Kapitel Grundlagen	41
A. Strafrecht Begriffsbestimmung und Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes	42
I. Strafrecht im weiteren und im engeren Sinne	42
II. Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes	51
1. Kriminalstrafrechtliche Kompetenzen	51
2. Strafverfahrensrecht und Strafverfolgung	52
B. Mehrebenensysteme Begriffsbestimmung und Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes	54
I. Entstehung des Begriffes und Adaption	54
II. Mehrebenensystem als rechtliche Kategorie	61
III. Charakter der Ebenen	66
IV. Strafrecht im Mehrebenensystem versus strafrechtliches Mehrebenensystem	72
V. Begrenzung der Untersuchung	73
2. Kapitel Verteilung der Strafgewalt in staatlichen und überstaatlichen Mehrebenensystemen – Fragen der demokratischen Legitimität und Souveränität	77
A. Dezentralisierter Unionsstaat und „devolution“	80
B. Bundesstaat	85
I. Abgrenzung zum Staatenbund	85

II. Entstehungsgründe	88
III. Charakteristika des Bundesstaates	90
IV. Kompetenzverteilung, demokratische Legitimation und Souveränität	91
V. Unterschiedliche Möglichkeiten der Verteilung der Strafrechtskompetenz	103
C. Europäische Union	105
I. Einordnung als politisches System sui generis	105
II. Die autonome Rechtsordnung der EU	107
III. Demokratie in der EU – Frage der demokratischen Legitimation strafrechtsbezogener europäischer Hoheitsakte	108
1. Der Bedarf an demokratischer Legitimation der Hoheitsgewalt der EU	108
2. Zwei Legitimationsmodelle	113
a) Demokratische Legitimation ausschließlich durch die Mitgliedstaaten	114
b) Doppelte demokratische Legitimation	118
3. Die Diskussion um eine unmittelbare demokratische Legitimation auf der Ebene der EU	120
a) Organisches vs. individualistisches Konzept der Demokratie	120
b) Funktionsbedingungen der Demokratie	125
aa) Gemeinsame Identität und Solidarität	125
bb) Politische Öffentlichkeit	128
c) Demokratische Gleichheit und Europäisches Parlament	130
d) Bürgernähe der Entscheidungen	132
4. Demokratiefähigkeit und status quo	132
IV. Probleme einer zentralen strafrechtsbezogenen Kompetenz der EU	134
1. „Souveräne Staatlichkeit“ als Integrationsschranke im Hinblick auf das Strafrecht im Urteil des BVerfG zum Vertrag von Lissabon	134
a) Der vielschichtige Begriff „Souveränität“	134
b) Relativierung der souveränen Staatlichkeit	138
c) Moderne Konzepte	142
d) Der Ansatz des BVerfG	145
e) Das Ziel des BVerfG: Schutz der Demokratie durch „souveräne Staatlichkeit“	149
f) Europäische Demokratie und Verfassungsverbund	153
g) Das Strukturprinzip der Subsidiarität	156

2.	Strafrecht als Autonomiebereich der Mitgliedstaaten?	159
a)	Die Liste der mitgliedstaatlichen Reservate im Lissabon-Urteil	159
b)	Präzisierung des Strafrechtsvorbehaltes der Lissabon-Entscheidung	162
c)	„Strafrechtsspezifische“ Einwände der Strafrechtswissenschaft	164
aa)	Europäisches Strafrecht und Gesetzesvorbehalt	165
bb)	Europäisches Strafrecht und staatliches Gewaltmonopol	175
cc)	Europäisches Strafrecht und Kulturbindung	179
3.	Zusammenfassende Stellungnahme und Perspektiven für diese Untersuchung	184
3.	Kapitel Exemplarische Darstellung der Verteilung strafrechtlicher Kompetenzen in staatlichen Mehrebenensystemen	191
A.	Bundesrepublik Deutschland	194
I.	Konstitutioneller Hintergrund	194
1.	Überblick	194
2.	Historische Entwicklung der Verfassung und der Strafrechtskompetenz	197
a)	Der Deutsche Bund	198
b)	Der Norddeutsche Bund (1866/1867) und das Deutsche Reich (1870/1871)	207
c)	Die Weimarer Republik	217
d)	Die nationalsozialistische Diktatur	219
e)	Das Grundgesetz	222
II.	Aufteilung der Strafrechtskompetenz zwischen den Ebenen	233
1.	Rechtssetzungskompetenz	233
a)	Legislative Bundeskompetenz	234
aa)	„Strafrecht“	234
bb)	„Gerichtsverfassung“ und „gerichtliches Verfahren“ ..	245
cc)	Weitere strafrechtsbezogene Zuständigkeiten des Bundes aus anderen Kompetenztiteln	247
b)	Bereiche des Landesstrafrechts	254
aa)	„Strafrecht“	254
bb)	„Presserecht“	257
cc)	Ordnungswidrigkeiten	265
dd)	Gefahrenabwehr	266

ee) Strafvollzug	267
2. Gerichtszuständigkeit und Strafverfolgungskompetenz	267
a) Strafgerichtsbarkeit	267
b) Polizeibehörden und Staatsanwaltschaft	270
aa) Grundsatz der dezentralen Strafverfolgung	270
bb) Zentrale Behörden	272
III. Interaktion der Ebenen	274
1. Verhältnis der Rechtsnormen	274
2. Verfolgungszuständigkeit und Kooperation der Ebenen	278
3. Doppelbestrafung	280
IV. Zusammenfassung	280
B. Vereinigte Staaten von Amerika	282
I. Konstitutioneller Hintergrund	282
II. Aufteilung der Strafrechtskompetenz zwischen den Ebenen	286
1. Rechtssetzungskompetenz	286
a) Grundsatz der dezentralen Strafrechtskompetenz der Einzelstaaten	286
b) Das Bundesstrafrecht	289
2. Gerichtszuständigkeit und Strafverfolgungskompetenz	297
a) Dezentrale Strafverfolgung und Strafgerichte	297
b) Zentrale Strafrechtspflege	297
III. Interaktion der Ebenen	298
1. Verhältnis der Rechtsnormen	298
2. Verfolgungszuständigkeit und Kooperation der Ebenen	301
3. Doppelbestrafung	303
IV. Zusammenfassung	304
C. Kanada	306
I. Konstitutioneller Hintergrund	306
II. Aufteilung der Strafrechtskompetenz zwischen den Ebenen	312
1. Rechtssetzungskompetenz	312
a) Umfang der Kompetenz des Bundes für das „Strafrecht“ ..	312
b) Legislative Sanktionskompetenz der Provinzen	316
c) Strafprozessrecht	318
2. Gerichtszuständigkeit und Strafverfolgungskompetenz	318
a) Strafgerichtsbarkeit	318
b) Strafverfolgung	319
III. Interaktion der Ebenen	321
1. Verhältnis der Rechtsnormen	321
2. Verfolgungszuständigkeit und Kooperation der Ebenen	325

3. Doppelbestrafung	326
IV. Zusammenfassung	328
D. Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland	330
I. Konstitutioneller Hintergrund	330
1. Überblick	330
2. Historische Hintergründe der Kompetenzverteilung	335
a) Schottland	336
b) Nordirland	339
c) England und Wales – gemeinsames Rechtssystem und devolution durch GWA 1998 und GWA 2006	341
II. Aufteilung der Strafrechtskompetenz zwischen den Ebenen	343
1. Rechtssetzungskompetenz	343
a) Schottland	344
b) Nordirland	346
c) Wales	347
d) Zentrale Gesetzgebung in Westminster	348
e) „Strafanwendungsrecht“	350
2. Gerichtszuständigkeit und Strafverfolgungskompetenz	351
a) Strafgerichtsbarkeit	351
b) Strafverfolgung	354
III. Interaktion der Ebenen	355
1. Verhältnis der Rechtsnormen	355
2. Verfolgungszuständigkeit und Kooperation der Behörden	356
3. Doppelbestrafung	358
IV. Zusammenfassung	361
4. Kapitel Das gegenwärtige System der Verteilung der Strafrechtskompetenzen in der EU	365
A. Konstitutioneller Hintergrund	365
I. Überblick	365
II. Historische Entwicklung der europäischen Integration und der strafrechtlichen Kompetenzen	370
1. Der Europarat, 1949	372
2. Die EGKS, 1951	373
3. Verträge von Rom, 1957: EWG und EAG	374
4. Die Einheitliche Europäische Akte, 1986	377
5. Der Vertrag von Maastricht, 1992: EU und EG	385
6. Der Vertrag von Amsterdam, 1997	390

7. Der Vertrag von Nizza, 2001	398
8. Der gescheiterte Verfassungsvertrag, 2004	408
9. Der Vertrag von Lissabon, 2007	412
III. Grundsätze der Kompetenzordnung	415
1. Strukturprinzipien	415
a) Die föderative Grundstruktur	415
b) Achtung der Gleichheit und nationalen Identität der Mitgliedstaaten und Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit ..	416
2. Handlungsermächtigung der EU, Reichweite und Auslegung ..	422
a) Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	422
b) Effet utile als Auslegungsgrundsatz	424
c) Implied Powers	425
d) Flexibilitätsklausel des Art. 352 AEUV	427
3. Arten von Zuständigkeiten	428
4. Kompetenzausübungsschranken	431
a) Subsidiarität	431
b) Verhältnismäßigkeit	438
c) Strafrechtsspezifischer Schonungsgrundsatz	445
IV. „Europäisches Strafrecht“ de lege lata	448
1. Kriminalstrafrecht in der EU	448
2. Punitiv Sanktionen	452
3. Europäisierung des Strafrechts der Mitgliedstaaten, Kooperation und Koordination der Verfahren	453
4. Konventionen des Europarates	454
B. Aufteilung der Strafrechtskompetenz zwischen den Ebenen	456
I. Rechtssetzungskompetenz	456
1. Dezentrale Kompetenz	456
2. Legislative Kompetenzen der EU	457
a) Erlass kriminalstrafrechtlicher Normen im Verordnungswege	458
aa) Straftaten zu Lasten der finanziellen Interessen der EU	458
bb) Zollwesen	466
cc) Menschenhandel	467
dd) Weitere Bereiche	469
b) Harmonisierungskompetenzen im materiellen Strafrecht ...	469
aa) Besonders schwere grenzüberschreitende Kriminalität nach Art. 83 Abs. 1 AEUV	471
bb) Durchführung von EU-Recht nach Art. 83 Abs. 2 AEUV	478

cc) „Notbremse“ nach Art. 83 Abs. 3 AEUV	482
dd) Weitere Harmonisierungskompetenzen im materiellen Recht	484
c) Strafverfahrensrecht	486
d) Polizeiliche Zusammenarbeit	496
II. Gerichtszuständigkeit und Strafverfolgungskompetenz	498
1. Strafgerichtsbarkeit	498
2. Strafverfolgung	499
a) Grundsatz der dezentralen Strafverfolgung	499
b) Zentrale Behörden	503
C. Interaktion der Ebenen	509
I. Europäisierung der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	509
1. Harmonisierungsrichtlinien der EU	509
2. Assimilierung der Rechtsordnungen	510
3. Neutralisierung nationaler Strafvorschriften	515
4. Unionsrechtskonforme Auslegung	516
II. Verhältnis der Ebenen im Kollisionsfall	521
1. Anwendungsvorrang des Unionsrechts	521
2. Strafrechtsbegrenzende Wirkung	526
III. Verfolgungszuständigkeit, Kooperation und Koordination der Ebenen	529
1. Kompetenzkonflikte und Möglichkeiten der Auflösung	530
2. Rechtshilfe in der EU auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung	536
a) Traditionelle Auslieferung und Europäischer Haftbefehl ...	537
b) Vollstreckungshilfe	545
c) Nachteile, operative Maßnahmen und Beweisgewinnung ...	546
3. Operative Zusammenarbeit bei der Ermittlung	556
IV. Doppelbestrafung	556
D. Zusammenfassung	562
5. Kapitel Versuch einer Systematisierung	565
A. Überblick über Vor- und Nachteile einer (föderativen) Verteilung von Kompetenzen in einer Rechtsordnung mit mehreren politischen Ebenen ..	566

B. Auswahlkriterien und Parameter der Beurteilung	572
I. Entwicklung allgemeiner Kriterien für die Verteilung strafrechtsbezogener Kompetenzen	572
II. Nähere Erläuterung der Verteilungskriterien	575
1. Demokratie	575
2. Effektivität	581
3. Lokale Vielfalt und Autonomie der Einzelstaaten	599
4. Rechtsstaatlichkeit und Beschuldigtenrechte	610
III. Zusammenfassung	628
C. Komparative Analyse der untersuchten staatlichen Systeme	630
I. Verfassungstheorie und Verteilung der Kompetenzen in der Praxis	630
1. Rechtssetzungskompetenz	631
2. Strafverfolgungskompetenzen	635
II. Betrachtung anhand der Parameter	636
1. Demokratie	636
2. Effektivität	639
3. Lokale Vielfalt und Autonomie der Einzelstaaten	647
4. Rechtsstaatlichkeit und Beschuldigtenrechte	654
5. Zusammenfassung	660
D. Abstrakte Modelle (Auswahl)	662
I. Einleitung und Modellübersicht	662
II. Modellbildung und Analyse	666
1. Systeme mit nur einer Kompetenzebene	666
a) Ausschließlich zentrale Kompetenz	666
b) Ausschließlich dezentrale Kompetenz	670
2. Systeme mit einer funktionellen Aufteilung der Kompetenzen ..	677
a) Grundmodell: zentrale Gesetzgebung, dezentrale Strafverfolgung und Gerichte	677
b) Abwandlung: Ergänzung durch zentrale Gerichte	682
c) Abwandlung: Ergänzung durch zentrale Strafverfolgungsbehörden	684
d) Abwandlung: Weitere Differenzierung zwischen Rechtsprechung und Strafverfolgungsbehörden	685
e) Grundmodell: dezentrale Gesetzgebung, zentrale Strafverfolgung und Gerichte	688
3. Trennmodelle	690
a) Partielle Kompetenzen der zentralen Ebene bei grundsätzlicher Zuständigkeit der Einzelstaaten	691

b) Andere Verteilungsarten im Trennmodell	700
4. Aufteilung der Gesetzgebung, Strafverfolgung nur durch eine Ebene	702
a) Grundmodell: Grundsätzlich dezentrale Gesetzgebung, einzelne Rechtssetzungskompetenzen des Bundes, dezentrale Strafverfolgung und Gerichte	703
b) Abwandlung: Ergänzung durch zentrale Gerichte und/oder Behörden	707
c) Grundmodell: Grundsätzlich zentrale Gesetzgebung, einzelne Rechtssetzungskompetenzen der dezentralen Einheiten, dezentrale Strafverfolgung und Gerichte	709
d) Abwandlung: Ergänzung durch zentrale Gerichte und/oder Behörden	713
e) Grundmodell: Konkurrierende Gesetzgebung, dezentrale Strafverfolgung und Gerichte	714
f) Grundmodell: Grundsätzlich dezentrale Gesetzgebung, einzelne Rechtssetzungskompetenzen der zentralen Ebene, zentrale Strafverfolgung und Gerichte	716
5. Assimilierungs- und Harmonisierungskompetenzen der zentralen Ebene	718
a) Grundmodell: Assimilierungs- und Harmonisierungskompetenzen der zentralen Ebene, dezentrale Gesetzgebung und dezentrale Strafverfolgung und Gerichte	718
b) Abwandlung: Ergänzung durch zentrale Gerichte und/oder Behörden	729
 6. Kapitel Übertragung auf die EU, Analyse des Systems und Perspektiven	 733
A. Das europäische Mischmodell	733
B. Analyse	737
I. Demokratie	737
II. Effektivität	739
III. Vielfalt und Autonomie der Mitgliedstaaten	748
IV. Rechtsstaatlichkeit und Beschuldigtenrechte	754

C. Thesen zu den Perspektiven der Kompetenzordnung	763
I. These: Ein Ausgleich der Parameter führt zu geteilter Zuständigkeit	763
1. Rechtssetzung	764
2. Strafverfolgung und Gerichte	766
II. These: Das Mischmodell ermöglicht größere Flexibilität im Einzelfall	769
III. These: Der Ausbau der Demokratie auf der zentralen Ebene ist erforderlich	770
IV. These: Die Steigerung der Effektivität und der Schutz der Beschuldigten können weitere Kompetenzen der EU erfordern	776
1. Rechtssetzung	776
a) Materielles Recht	776
b) Verfahrensrecht	783
2. Strafverfolgung und Gerichte	796
 Schlussbemerkungen und Ergebnisse	 803
 Literaturverzeichnis	 807

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
ABA	American Bar Association
ABl.	Amtsblatt (EU)
Abs.	Absatz
AC	Appeals Cases, Entscheidungssammlung
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
A.G.	Attorney General
AIDP	Association International de Droit Pénal
Allg.	Allgemein/e/s
Am. Crim. L. Rev.	American Criminal Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Amend.	Amendment, Zusatzartikel der U.S. Constitution
Am. J. of Crim. Justice	American Journal of Criminal Justice, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Am. U. L. Rev.	American University Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Anm.	Anmerkung
Annals Am. Acad. Pol. & Soc. Sci.	Annals of the American Academy of Political & Social Sciences, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
arg. ex	argumentum ex
Art.	Artikel
ASOG	Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (Berlin)
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AT	Allgemeiner Teil

https://doi.org/10.5771/9783845253664_1

Generiert durch IP '13.59.2.2', am 19.08.2024, 12:01:43.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

AufenthaltsG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
Aufl.	Auflage
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayPAG	Bayerisches Polizeiaufgabengesetz
BayPrG	Bayerisches Pressegesetz
BBl.	Bundesblatt (Schweiz)
Bd.	Band
Beck OK GG	Beck'scher Online-Kommentar zum GG
Beck OK StGB	Beck'scher Online-Kommentar zum StGB
Beck OK StPO	Beck'scher Online-Kommentar zur StPO
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BKA	Bundeskriminalamt (auch: Bundeskriminalpolizeiamt)
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten
B.N.A. Act	British North America Act
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BPol	deutsche Bundespolizei
BPolG	Gesetz über die Bundespolizei
BrbgPG	Brandenburgisches Pressegesetz
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
Buff. Crim. L. Rev.	Buffalo Criminal Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang

B.U.L. Rev.	Boston University Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz
bzgl.	bezüglich
c.	chapter (bei Normen)
Calif. L. Rev.	California Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Can. Bar Rev.	Canadian Bar Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Can. Pub. Admin.	Canadian Public Administration, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
CCC	Canadian Criminal Cases, Entscheidungssammlung
Chap. L. Rev.	Chapman Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Circ.	Circuit, Gerichtsbezirk
CJ	Corpus Juris
C.J.	Chief Justice (Vorsitzende/r Richter/in)
CJPO Act	Criminal Justice and Public Order Act (UK)
cl.	clause (bei Normen)
Cm.	Command Papers, Sammlung von Veröffentlichungen der Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland
Colum. Hum. Rts. L. Rev.	Columbia Human Rights Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
CONV	Dokumente des Europäischen Konvents
Crim. L. Rev.	Criminal Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
DAJV-NL	Newsletter der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang

DBA	Deutsche Bundesakte
DEA	Drug Enforcement Administration (USA)
ders.	derselbe
DGN	Devolution Guidance Notes (UK)
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe/n
diesbzgl.	diesbezüglich/e/en
DAJV-NL	Deutsch-Amerikanische Juristenvereinigung-Newsletter, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
DLR	Dominion Law Reports, Entscheidungssammlung
DNA	Deoxyribonucleic Acid (deutsch: Desoxyribonukleinsäure)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
DRiG	Deutsches Richtergesetz
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EBA	Europäische Beweisordnung
ebd.	ebenda
ECA	European Communities Act (UK)
Edin. L. Rev.	Edinburgh Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMRE	Entscheidungssammlung des EGMR
EGStGB	Einführungsgesetz zum StGB
EGStPO	Einführungsgesetz zur StPO
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
Einl.	Einleitung

EJN	Europäisches Justizielles Netz
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERÜ	Europäisches Rechtshilfeübereinkommen
EStA	Europäische Staatsanwaltschaft
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUBestG	EU-Bestechungsgesetz
EuCLR	European Criminal Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
eucri	The European Criminal Law Associations Forum, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
EuHbG	Europäisches Haftbefehlsgesetz
EuR	Europarecht, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
EuR-Beiheft	Beiheft zur EuR, zitiert nach Jahrgang
Eurojust	Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit
Europ.	Europäische/s
Europol	Europäisches Polizeiamt
EuropolÜ	Europolübereinkommen
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, zitiert nach Jahrgang
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

EZB	Europäische Zentralbank
FBI	Federal Bureau of Investigation (USA)
f.; ff.	folgende Seiten
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang <i>oder</i> Generalanwalt beim EuGH
GAG	bayrisches Gemeindeabgabengesetz
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GBA	Generalbundesanwalt
GBL	Gesetzblatt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GIA	Government of Ireland Act (UK)
GLJ	German Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
GRC	Charta der Grundrechte der EU
GS	Gedenkschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt Berlin
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWA	Government of Wales Act
Harvard L. Rev.	Harvard Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Hastings L.J.	Hastings Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Hdb.	Handbuch
HL	House of Lords
HL Deb.	House of Lords Debates (UK), Sammlung
h.M.	herrschende Meinung
HPresseG	Hessisches Pressegesetz
HRA	Human Rights Act (UK)
HRRS	Online-Zeitschrift für Höchstrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht, zitiert nach Jahrgang

Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HSMO	Her Majesty's Stationery Office, Staatsverlag (UK)
H SOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
HStR	Handbuch des Staatsrechts
i.E.	Im Ergebnis
IGH	Internationaler Gerichtshof
i.H.a.	im Hinblick auf
IngG	Ingenieurgesetz
Intern.	Internationale/s
IPO	Instrumentum Pacis Osnabrucense
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe
i.V.m.	in Verbindung mit
J.	Justice (Richter/in)
J. Crim. L. & Criminology	Journal of Criminal Law & Criminology, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JMStV	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
JR	Juristische Rundschau, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
JURA	Juristische Ausbildung, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
Jur. Rev.	Juridical Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
JuS	Juristische Schulung, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
JZ	Juristenzeitung, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
KK OWiG	Karlsruher Kommentar zum OWiG
KK StPO	Karlsruher Kommentar zur StPO
KOM	Europäische Kommission
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
Law & Contemp. Probs.	Law & Contemporary Problems, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang

Leg. Per.	Legislaturperiode
LG	Landgericht
LIBE-Ausschuss	Ausschuss des Europäischen Parlaments für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
lit.	Littera = Buchstabe
LJ	Lord Justice (Richter/in in England/Wales)
LK	Leipziger Kommentar zum StGB
LPG	Landespressegesetz
LuftSiG	Luftsicherheitsgesetz
Manitoba L.J.	Manitoba Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
McGill L.J.	McGill Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Michigan L.J.	Michigan Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
MoU	Memorandum of Understanding (UK)
MüKo StGB	Münchener Kommentar zum StGB
MüKo ZPO	Münchener Kommentar zur ZPO
MV	Mecklenburg-Vorpommern
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NCA	National Crime Agency (UK)
N.C.L. Rev.	North Carolina Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Neuaufkl.	Neuaufgabe
NI	Northern Ireland
NIA	Northern Ireland Act
NIO	Northern Ireland Office
NJECL	New Journal of European Criminal Law, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
NJW	Neue Juristische Wochenschrift, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang

NK	Nomos Kommentar zum StGB <i>oder</i> Neue Kriminalpolitik, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
No.	Number
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus; nationalsozialistisch/e/r
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht, zitiert nach Jahrgang
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht, Rechtsprechungs-Report, zitiert nach Jahrgang
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, zitiert nach Jahrgang
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
öff.	öffentliche/n/s
OH	Outer House (erstinstanzliches Gericht in Schottland)
Ohio St. J. Crim. L.	Ohio State Journal of Criminal Law, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Ohio St. L.J.	Ohio State Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
OLAF	Office Européen de Lutte Antifraude
OLG	Oberlandesgericht
Osgoode Hall L.J.	Osgoode Hall Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
OWi	Ordnungswidrigkeit/en
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PACE Act	Police and Criminal Evidence Act (UK)
para.	paragraph (bei Gesetzen)
PC	Privy Council
P.C.I.J.	Permanent Court of International Justice
PJZ	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
P.L.	Public Law, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang

P.O.G.G.	Peace, Order, and good Government of Canada
PolG	Polizeigesetz
PPS	Public Prosecution Service (British Columbia, Nova Scotia und Quebec)
PPSC	Public Prosecution Service of Canada
PressG	Pressegesetz
PV	Prümer Vertrag
PVS	Politische Vierteljahresschrift, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
QB	Queen's Bench, Entscheidungssammlung (UK)
Queen's L.J.	Queen's Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
Ratsdok.	Ratsdokument
RB	Rahmenbeschluss
RBA	Rheinbundakte
RCMP	Royal Canadian Mounted Police
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RKG	Reichskammergericht
RL	Richtlinie
RL-E	Richtlinien-Entwurf
Rn.	Randnummer
RPG	Reichsgesetz über die Presse
Rs.	Rechtssache
R.S.C.	Revised Statutes of Canada, Gesetzessammlung
R.S.O.	Revised Statutes of Ontario, Gesetzessammlung
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RUC	Royal Ulster Constabulary (NI)
Rutgers L.J.	Rutgers Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
RV	deutsche Reichsverfassung
Rz.	Randziffer

S.	Seite (bei Literaturangaben) oder Satz (bei Gesetzen)
s.	section (bei Gesetzen)
SA	Scotland Act (UK) oder Sachsen-Anhalt
S.C.	Statutes of Canada, Gesetzessammlung (Kanada) <i>oder</i> Court of Session Cases, Entscheidungssammlung (UK)
SCA	Serious Crime Act (UK)
SCC	Scottish Constitutional Convention
sched.	schedule (Anhang bei Gesetzen)
SCR	Supreme Court Reports (Kanada), Entscheidungssammlung
SDÜ	Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen
SFO	Serious Fraud Office (UK)
SIS	Schengener Informationssystem
SK	Systematischer Kommentar zum StGB
Slg.	Sammlung (der Entscheidungen des EuGH)
SLT	Scots Law Times, Entscheidungssammlung
SMG	Saarländisches Mediengesetz
SNP	Scottish National Party
SOCA	Serious and Organised Crime Agency (UK)
sog.	so genannte/n
SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe
ss.	sections (bei Gesetzen)
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
St. Thomas L. Rev.	St. Thomas Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
SÜ	Übereinkommen von Schengen
StV	Strafverteidiger, Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
StWStP	Staatswissenschaften und Staatspraxis, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang

Suppl.	Supplementum
Syracuse L. Rev.	Syracuse Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
TPG	Pressegesetz Thüringen
u.	und
UA.	Unterabsatz
u.a.	unter anderem <i>oder</i> und andere
UCLAF	Unité de Coordination pour la Lutte Anti-Fraude
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
UK; U.K.	United Kingdom
UN	United Nations
UN-Charta	Charta der United Nations
UrhG	Urheberrechtsgesetz
U.S.	United States Supreme Court Reports (Sammlung der Entscheidungen des U.S. Supreme Courts), zitiert nach Band und Jahr
USA	United States of America
USAM	United States Attorneys' Manual
U.S.C.	United States Code
U.S. Const.	United States Constitution
U.T. L.J.	University of Toronto Law Journal, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
U.T. Fac. of Law Rev.	University of Toronto Faculty of Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
u.U.	unter Umständen
v.	versus (bei Gerichtsentscheidungen); vom (bei der Angabe des Datums bei Beschlüssen und Urteilen); von (bei Namen)
v.a.	vor allem
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VOBIBZ	Verordnungsblatt für die Britische Zone

Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VVDStrL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Zeitschrift, zitiert nach Band und Jahrgang
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
WaffG	Waffengesetz
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, zitiert nach Jahrgang
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WSA	Wiener Schlussakte
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, zitiert nach Band und Jahrgang
z.B.	zum Beispiel
ZBJI	Zusammenarbeit in den Bereichen Innen- und Justizpolitik
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien, zitiert nach Jahrgang
ZgesStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, zitiert nach Band und Jahrgang
Ziff.	Ziffer
ZIS	Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik, zitiert nach Jahrgang
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium, zitiert nach Jahrgang
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG GA	Zeitschrift für Rechtsgeschichte Germanische Abteilung, zitiert nach Band und Jahrgang
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik, zitiert nach Jahrgang
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, zitiert nach Band und Jahrgang

